

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BREMEN

18. Landesparteitag

23. April 2016

Gustav-Heinemann-

Bürgerhaus

Antragsheft

INHALT:

T – Anträge zur Tagesordnung	Seite 3
G – Geschäftsordnung	Seite 4
L – Leitanträge des Landesvorstandes	
L1 – Positionen der LINKEN Bremen zum Haushalt 2016/2017	Seite 6
L2 – Personalisiertes Wahlrecht in Bremen verbessern	Seite 9
Wissenswertes zur aktuellen Diskussion um das Wahlrecht	Seite 11
A – Anträge mit überwiegend politischem Bezug	
A1 – Keine Verschärfungen für ALGII-Beziehende	Seite 13
A2 – Für soziale Gerechtigkeit – gegen ethnische Spaltung	Seite 14
A3 – Zur Debatte um den Rechtsruck...	Seite 20
S – Antrag mit Bezug auf Satzung und Ordnungen der Partei	
S1 – Verlängerung der Amtszeit des Landesparteitages	Seite 24

Zusammenstellung: Andreas Hein-Foge

Druck: Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Bremen

T1 Tagesordnung und Zeitplan

Der Landesvorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

TOP1	Begrüßung	11.00
	Grußwort	
TOP2	Debatte: Armutsbekämpfung vor Haushaltssanierung (Antrag L1)	11.35
	Mittagspause	13.30
TOP3	Position der LINKEN zur	
	geplanten Änderung des Bremischen Wahlrechts (Antrag L2)	14.15
TOP4	Anträge zur Änderung der Landessatzung (Antrag S1)	15.30
TOP5	Nachwahl zum Landesvorstand (ein Frauenplatz)	16.00
TOP6	Nachwahl zur Landesschiedskommission (ein Frauenplatz)	16.31
TOP7	weitere Anträge	16.45
TOP8	geplantes Ende des Landesparteitages	18.00

G - Geschäftsordnung

Geschäftsordnung des Landesparteitages der LINKEN Bremen

1 Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block auf Vorschlag des Landesrates und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch erhoben wird, in offener Abstimmung für die Dauer der Amtszeit der Delegierten.

- das Tagungspräsidium,
- die Mandatsprüfungskommission,
- die Wahlkommission,
- die Antragskommission.

Wählbar sind alle Teilnehmer des Landesparteitages, sofern sie Mitglied der Partei DIE LINKE sind.

2 Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.

3 Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen. Die Geschäftsordnung bleibt für die Dauer der Amtszeit der Delegierten gültig.

4 Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundes- oder die Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten stimmberechtigten Delegierten oder Ersatzdelegierten anwesend sind. Mitglieder des Landesverbandes haben Rederecht.

5 Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.

6 Wortmeldungen sind dem Tagespräsidium schriftlich anzuzeigen. Das Tagungspräsidium hat das Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der Redner/innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt.

Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt maximal vier Minuten. Längere Redezeiten sind durch die bzw. den Redner/in vor Beginn der Rede zu beantragen und bedürfen der Bestätigung durch den Landesparteitag.

Delegierte haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner/innen zu stellen. Die Tagungsleitung kann die Anzahl der Anfragen begrenzen.

7 Anträge, die nach Antragsschluss gestellt werden (Dringlichkeits- und Initiativanträge), sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen und erfordern, wenn sie zur Behandlung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von mindestens zehn anwesenden angemeldeten Delegierten.

Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller/innen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt vier Minuten. Danach erhält jeweils ein/e Redner/in dagegen und ein/e Redner/in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt hierfür jeweils maximal zwei Minuten.

Der Landesparteitag kann mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.

8 Die Abstimmung über Anträge erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt Anträge, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.

Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf vorliegende Anträge beziehen und diese ändern sollen. Sie können durch jede Delegierte oder jeden Delegierten gestellt werden. Dringlichkeits- und Initiativanträge sind Anträge, die nach Antragsschluss auf besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw. gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag sich durch entsprechende Beschlussfassung dazu verhalten muss.

Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jede/n Delegierte/n gestellt werden.

9 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten mündlich und außerhalb der Reihenfolge der Redeliste gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält höchstens ein/e Redner/in dagegen und eine Redner/in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt jeweils maximal zwei Minuten. Bei laufender Abstimmung sowie während Wahlgängen können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden.

Den Antrag „Schluss der Debatte“, „Schluss der Redeliste“ und „Übergang zur Tagesordnung“ kann nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.

Vor Beschlussfassung ist die Redeliste zu verlesen.

10 Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum Abstimmungsverfahren beschlossen ist und sofern die Bundes- und Landessatzungen und diese Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.

11 Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der delegierten Frauen ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Über einen in diesem Frauenplenum gefassten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung des gesamten Landesparteitages abschließend entschieden werden.

12 Persönliche Erklärungen beziehen sich auf Angriffe gegen oder Zitierungen der eigenen Person. Persönliche Erklärungen können nur nach Beendigung des Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal zwei Minuten.

13 Die Sitzungen des Landesparteitages sind grundsätzlich öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen entscheidet der Landesparteitag auf begründeten Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden angemeldeten Delegierten. Geschlossene Sitzungen werden parteiöffentlich durchgeführt.

14 Über den Ablauf des Parteitages ist in Verantwortung des Tagungspräsidiums eine Niederschrift zu fertigen und zu archivieren. Beschlüsse des Parteitages sind schriftlich zu protokollieren und durch die Versammlungsleitung unverzüglich zu beurkunden.

Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.

Es kann eine Ton- bzw. Videoaufzeichnung erfolgen.

15 Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.

16 Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der angemeldeten anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten möglich.

L - Leitanträge

L1

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Solidarität für alle statt Kürzungskurs plus**
- 2 **Notversorgung – Positionen der LINKEN.**
- 3 **Bremen zum Haushalt 2016/2017**

4 Die aktuell stattfindenden
5 Haushaltsberatungen 2016/2017 stehen unter
6 besonderen Vorzeichen. Die soziale Spaltung
7 ist in Bremen und Bremerhaven seit Jahren
8 extrem ausgeprägt und verfestigt, mehr als ein
9 Viertel der Einwohner*innen ist arm. Die
10 soziale Infrastruktur wurde über Jahre
11 marodegekürzt. Viele Menschen fliehen aus
12 Elend und Krieg zu uns, die Bevölkerung
13 wächst. Diese Situation erfordert
14 entschlossenes Handeln durch angemessen
15 hohe Ausgaben und soziale Investitionen.
16 Stattdessen reagiert der rot-grüne Senat mit
17 einer Haushaltspolitik, die in Sachen
18 Armutsbekämpfung und -prävention nahezu
19 untätig ist.

20 Die akuten Bedarfe auf dem Wohnungs-,
21 Arbeits- und Ausbildungsmarkt, in den Schulen,
22 Stadtämtern und sozialen Einrichtungen sind
23 so erheblich, dass dringend mit den
24 Kürzungsprogrammen der letzten Jahre
25 gebrochen werden muss. Haushaltspolitisch
26 braucht es in dieser Lage als Sofortmaßnahme
27 die substanzielle Erhöhung von Ausgaben und
28 Investitionen und die Schaffung von festen
29 Stellen. Die Schuldenbremse kann nicht länger
30 das Maß der Haushaltspläne sein. Der
31 systematische Stellenabbau im Öffentlichen
32 Dienst muss spätestens jetzt beendet werden.

33 Bremens rot-grüner Senat sieht das anders,
34 obwohl er sich der „Macht des Faktischen“ mit
35 einer Kursabweichung gestellt hat: Im Rahmen
36 eines Teil-Haushalts für Integration nimmt er in
37 den Jahren 2016 und 2017 erstmals Kredite in

38 Größenordnungen auf, die den
39 vorgeschriebenen „Sanierungspfad“ der
40 Schuldenbremse verlassen. Aufgrund der
41 angeblich einmaligen Mehrausgaben in extra
42 ausgewiesenen Teilen des Haushalts setzt der
43 Senat darauf, die Zinsbeihilfen des Bundes in
44 Höhe von derzeit noch 300 Mio. Euro nicht zu
45 gefährden. Eine weitergehende Einsicht in die
46 Notwendigkeit, dass die Schuldenbremse
47 insgesamt von der Realität eingeholt wurde
48 und Menschen prinzipiell vor Maßgaben der
49 „Haushaltssanierung“ gehen müssen, erfolgte
50 mit diesem Schritt nicht. Im Gegenteil:
51 Abgesehen vom ausgegliederten Teil-Haushalt
52 bleibt beim derzeitigen Entwurf für den
53 Doppelhaushalt 2016/2017 alles beim Alten.

54 Dass der Regelhaushalt des Senats in dieser
55 Situation trotzdem an Kürzungskurs,
56 Personalabbau und Schuldenbremse festhält,
57 hat absehbar fatale Folgen: Dringend
58 notwendige Investitionen in Bremens soziale
59 Infrastruktur, in Schulen, Kitas, Jugendarbeit,
60 Stadtteilprojekte, kommunalen Wohnungsbau
61 und Hochschulen bleiben nach wie vor aus.
62 Wichtige Einrichtungen für den lokalen
63 Zusammenhalt wie der Streichelzoo in
64 Gröpelingen sollen geschlossen werden. Es
65 fehlt weiterhin an Neubau-Initiativen in
66 kommunaler Hand, so dass Wohnungen für
67 Menschen mit geringem oder mittlerem
68 Einkommen auf dem kapitalistischen
69 Mietmarkt Mangelware bleiben. Die
70 bildungspolitischen Beschlüsse zur Inklusion
71 und zur Ganztagschule bleiben finanziell
72 ungedeckt, so dass insbesondere
73 Schulstandorte mit hohem Sprachförderbedarf
74 kaum ihren Anforderungen genügen können.
75 Der ungerechte Zusammenhang zwischen dem
76 Portemonnaie der Eltern und den

77 Bildungsabschlüssen der Kinder besteht
78 weiterhin. Gleichzeitig redet der Senat von
79 „generationengerechter Haushaltspolitik“ und
80 rechtfertigt damit Mangelinvestitionen, die
81 Kinder und Jugendliche, die in Bremen auf
82 öffentliche Schulen gehen, ausbaden müssen.

83 Vernünftige Arbeitsmarktprogramme bleiben
84 ebenfalls Zukunftsmusik, obwohl das Land
85 Bremen über 37.000 Erwerbsarbeitslose zählt,
86 darunter viele Langzeiterwerbslose. Die
87 bremische Verwaltung ist nach mehr als 15
88 Jahren Kürzungskurs an der Grenze zur
89 Handlungsunfähigkeit oder hat sie teils schon
90 überschritten. Die Folgen für die Beschäftigten
91 der öffentlichen Hand: enorme Krankenstände;
92 Fachpersonal, das sich bei nächster
93 Gelegenheit wegbewirbt; unbezahlte
94 Überstunden im Wert von mehreren Millionen
95 Euro. Im Zweifelsfall geht der rot-grüne Senat
96 sogar davon aus, dass Rettungskräfte in
97 Bremen aufgrund unzureichender Kapazitäten
98 auch später am Einsatzort erscheinen könnten,
99 denn: Es sei aktuell noch kein „Mensch durch
100 verspätetes Eintreffen ums Leben gekommen“
101 (Radio Bremen, 19. Februar 2016).

102 Dieser politisch verursachte Zustand drückt
103 nicht nur auf die Lebensverhältnisse, Chancen
104 und Teilhabemöglichkeiten der heute
105 Betroffenen, sondern produziert soziale
106 Schulden, die den Zusammenhalt in Bremen
107 und Bremerhaven dauerhaft belasten. Eine
108 „Verarmungsbremse“ wäre auch
109 haushalterisch betrachtet sinnvoller als eine
110 Schuldenbremse.

111 Auch DIE LINKE hält das Stopfen von
112 Haushaltslöchern über Kredite nicht für eine
113 ideale Korrektur von
114 Verteilungsungerechtigkeiten, sondern für eine
115 unumgängliche Behelfslösung, so lange es
116 keine steuerpolitischen Neuregelungen zur
117 Verbesserung der öffentlichen Einnahmenseite
118 gibt. Die Millionäre, Aktien-Besitzer,
119 Briefkastenfirmen-Chefs,
120 Immobilienspekulanten und Erben müssen
121 zahlen.

122 Zu den widersprüchlichsten Leerstellen der
123 derzeitigen Debatte um sogenannte
124 Flüchtlingskosten gehört, dass diese nicht in
125 einem Atemzug mit dem privaten Reichtum in
126 Deutschland diskutiert werden, der seit der

127 Regierungsära Schröder/Fischer systematisch
128 von Pflichten und Steuerzugriffen entlastet
129 wurde. In diesem Sinne müssen wir unsere
130 Forderungen und Konzepte zur Erhebung von
131 Vermögensabgaben und zur Wiedereinführung
132 der ausgesetzten Vermögensteuer schärfen
133 und an gesellschaftlichen Mehrheiten für eine
134 sozial gerechte Umverteilung arbeiten.

135 DIE LINKE fordert einen Haushaltsplan, der das
136 Land Bremen in die Lage versetzt, der
137 wachsenden sozialen Spaltung effektiv
138 entgegenzuwirken und den in Bremen
139 lebenden sowie hierher kommenden
140 Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen.

141 Das bedeutet:

142 • Die Ausgaben der öffentlichen Hand müssen
143 sich an den tatsächlichen Bedürfnissen
144 orientieren, und nicht an den Vorgaben von
145 Stabilitätsrat, Sanierungskurs und
146 Schuldenbremse.

147 • Der aktuelle Kürzungskurs der rot-grünen
148 Regierung beschädigt die soziale Infrastruktur
149 und ist in keiner Weise ‚generationengerecht‘,
150 weil schon heute die Fähigkeiten und Chancen
151 von Kindern in Bremen und Bremerhaven
152 massiv durch die aktuelle Haushaltspolitik
153 eingeschränkt werden.

154 • Bremen braucht eine Offensive für
155 öffentliche Teilhabe für alle, d.h.
156 Bildungsgerechtigkeit, soziale Teilhabe,
157 Wohnen und Mobilität müssen als allgemein
158 verfügbares öffentliches Gut bereitgestellt und
159 so schnell es geht einer kapitalistischen
160 Verwertungslogik entzogen werden. Besondere
161 Anstrengungen hierfür sind in Bremerhaven zu
162 unternehmen, wo die Kinderarmutsquote über
163 35 Prozent liegt.

164 • Eine für die Benachteiligung von Frauen am
165 Arbeitsmarkt sensible Aufstellung der
166 Haushalte ist unumgänglich. Es kann nicht sein,
167 dass Frausein – insbesondere als
168 Alleinerziehende – eines der stärksten
169 Armutsriskien ist. Alleinerziehende in Bremen
170 sind im Bundesdurchschnitt am seltensten
171 berufstätig. Jede zweite Alleinerziehende lebt
172 an oder unterhalb der Armutsgrenze. Diesen
173 Tatsachen muss mit einem Gesamtkonzept
174 entgegengewirkt werden.

- 175 • Das Land Bremen muss den sozial-
176 ökologischen Umbau angehen, die eigenen
177 Klimaschutzziele endlich einhalten und
178 Projekte sozialer Stadtentwicklung auch dann
179 unterstützen, wenn sie ökonomischen
180 Wachstumszwängen entgegenstehen. Die
181 Strom- und Wärmeversorgung gehört wieder in
182 öffentliche Hand; Energiesperren müssen
183 gestoppt werden. Darüber hinaus halten wir an
184 einer Rekommunalisierung der
185 Abfallentsorgung fest.
- 186 Weiter fordern wir:
- 187 • Statt die Profitaussichten der
188 Immobilienwirtschaft zu optimieren, muss
189 Bremen selbst weit über das
190 Neubauförderprogramm des Senats hinaus in
191 den Bau und Erhalt von sozialem Wohnraum
192 investieren. Die Gewoba muss von der
193 überzogenen Gewinnausschüttung entlastet
194 werden.
- 195 • Bremens Schulen brauchen mehrere hundert
196 neue Lehrer*innen, einen deutlichen Ausbau
197 der Ausbildung von Referendar*innen,
198 Sozialarbeiter*innen und viele neue Stellen für
199 zusätzliche Schulsozialarbeiter*innen und
200 Inklusions-Pädagog*innen.
- 201 • Soziale Projekte in den Stadtteilen müssen
202 erhalten, ausgebaut und mit
203 sozialversicherungspflichtigen Stellen
204 abgesichert werden. Wir unterstützen die
205 Forderung des Beirats Gröpelingen, den Wilden
206 Westen mitsamt Streichelzoo zu erhalten.
- 207 • Schluss mit dem Personalabbau im
208 Öffentlichen Dienst, keine weiteren Einschnitte
209 bei Tarifsteigerungen, Weihnachtsgeld und
210 Krankenversorgung!
- 211 • Statt Förderzentren für Erwerbslose
212 anzupreisen, die letztlich nur einer unwürdigen
213 Disziplinierung dienen, braucht es sinnvolle
214 und bedarfsgerechte Programme zur
215 existenzsichernden Weiterqualifizierung und
216 Beschäftigung. Erwerbslosen Menschen bei
217 Terminversäumnissen und der Ablehnung
218 vermeintlich zumutbarer Jobs das bereits völlig
219 unzureichende Existenzminimum Hartz IV zu
220 kürzen, ist ein nicht zu duldender Missstand.
221 Der Senat muss mit allen zur Verfügung
- 222 stehenden Mitteln darauf hinwirken, die
223 Sanktionspraxis zu beenden.
- 224 • Eine Anpassung der KdU (Kosten für
225 Unterkunft und Heizung) an das reale
226 Mietniveau ist überfällig.
- 227 • Die in der Vergangenheit erfolgten
228 Kürzungen in den Etats der öffentlichen
229 Hochschulen müssen zurückgenommen
230 werden. Nur so können künftig gravierende
231 Fehler wie die an der Uni Bremen geplante
232 Schließung des Studiengangs ‚Psychologie‘
233 oder die realisierte Schließung der
234 Studiengänge ‚Sozialpädagogik‘ und
235 ‚Behindertenpädagogik‘ verhindert werden.
- 236 • Damit die sogenannte Ausbildungsgarantie
237 annäherungsweise hält, was sie verspricht,
238 braucht es Instrumente zur Schaffung
239 attraktiver Ausbildungsplätze.
- 240 • Bei der Betreuung von unbegleiteten
241 minderjährigen Geflüchteten müssen die
242 Standards der Jugendhilfe eingehalten werden.
243 Bremen muss seine pädagogischen Fachkräfte
244 auf dem gleichen Niveau bezahlen wie andere
245 Städte in der Region einschließlich
246 Bremerhavens.
- 247 • Wir fordern den Erhalt und Ausbau
248 bestehender Jugendeinrichtungen dezentral in
249 den Stadtteilen.
- 250 • Es braucht ausreichend wohnortnahe
251 Angebote und Treffpunkte für ältere
252 Menschen. Auf Bundesebene gilt es, sich für
253 ein lebensstandardsicherndes und
254 armutsfestes Rentenniveau einzusetzen.
- 255 • Gleichzeitig muss Bremen über den
256 Bundesrat erneut die Initiative für eine
257 Wiedererhebung der Vermögensteuer und
258 eine substantielle Abgabe auf große Vermögen
259 ergreifen und im Sinne des weitergehenden
260 Steuerkonzeptes der LINKEN aktiv werden.
- 261 DIE LINKE. Bremen ruft alle, die in ihrem Alltag,
262 ihrem Stadtteil, ihrem Beruf oder ihrer
263 Ausbildung von Kürzungen und
264 unterfinanzierten Einrichtungen betroffen sind,
265 zu Protesten auf. Nur mit öffentlichem Druck
266 können wir erreichen, dass in Bremen mehr
267 Geld fürs Soziale bereitgestellt wird. Dabei
268 dürfen wir uns nicht spalten oder

269 gegeneinander ausspielen lassen – Solidarität
270 funktioniert nur für alle. Soziale Gerechtigkeit
271 erwächst aus der Umverteilung von Reichtum,
272 nicht aus der Konkurrenz zwischen Menschen,
273 die jeweils zu wenig haben.

274 Die Haushaltsanhörungen der
275 Bürgerschaftsfraktion sind eine Gelegenheit,
276 Forderungen an den Bremer Haushalt
277 öffentlich zu machen und zusammenzubringen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

L2 Wahlrecht

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Personalisiertes Wahlrecht verbessern – die**
2 **Effekte der Stimmabgabe müssen klar,**
3 **eindeutig und logisch sein**

4 DIE LINKE ist der Ansicht, dass das neue
5 Wahlrecht nach zwei Bürgerschaftswahlen
6 einer Überarbeitung bedarf, die den
7 gemachten Erfahrungen Rechnung trägt. Dazu
8 zählen der Umgang mit den zahlreichen
9 ungültigen Stimmen, die den
10 Wähler*innenwillen klar erkennen lassen.
11 Stadtteile, in denen die Wahlbeteiligung
12 ohnehin schon niedrig war, haben außerdem
13 einen deutlich höheren Anteil von
14 (offensichtlich unabsichtlich) ungültigen
15 Stimmen. Die repräsentative Wahlbefragung
16 zeigt ebenfalls, dass viele ältere Wähler*innen
17 häufig (offensichtlich unabsichtlich) ungültige
18 Wahlzettel abgegeben haben.

19 Das jetzige Wahlrecht benachteiligt ganz
20 deutlich Frauen, die signifikant seltener über
21 Personenstimmen einziehen konnten, auch
22 wenn die Parteien eigentlich quotierte Listen
23 aufgestellt haben. Das jetzige Wahlrecht wird
24 deshalb für seine Effekte bei der
25 Mandatsverteilung aus einer frauenpolitischen
26 und feministischen Perspektive völlig zurecht
27 kritisiert. Auch jüngere Menschen sind vom
28 Wahlrecht tendenziell negativ betroffen.

29 Zentrale Grundsätze sind bei einer Reform des
30 Wahlrechts deshalb für uns:

31 Unabsichtlich ungültige Stimmen sollten so
32 weit wie möglich vermieden werden – jeder
33 erkennbare Wähler*innenwille muss zählen.
34 Eine solche Regelung wirkt auch der sozialen
35 Spaltung bei der Wahl entgegen.

36 Der Zusammenhang zwischen einer
37 Stimmabgabe und ihrer Auswirkung auf die
38 Zusammensetzung der Bürgerschaft muss
39 direkt, logisch und einfach zu verstehen sein.

40 DIE LINKE. Bremen unterstützt daher in der
41 Diskussion um eine Wahlrechtsreform:

42 1. eine Heilungsregelung für bisher als
43 ungültig gewertete Stimmen, bei denen der
44 Wähler*innenwille eindeutig erkennbar ist
45 (wenn z.B. 5 Kreuze bei Kandidat*innen einer
46 Liste und 5 Kreuze bei der Partei gemacht
47 wurden)

48 2. zuerst die nach Personenstimmen und
49 erst dann die nach Listenstimmen gewonnenen
50 Mandate zu vergeben (“niedersächsisches
51 Modell” bei Kommunalwahlen). So wird
52 sichergestellt, dass eine Personenstimme
53 unabhängig vom Listenplatz tatsächlich
54 den/die gewählte Kandidat*in unterstützt, und
55 nicht jemand ganz anderen
56 („Fremdverwertung“, „Bürgermeistereffekt“).

57 Bei der aktuellen Regelung dagegen wirken die
 58 Personenstimmen für Kandidat*innen auf
 59 vorderen Listenplätzen als Verstärker der
 60 Personenstimmen anderer Kandidat*innen –
 61 das entspricht eindeutig nicht dem Willen der
 62 Wähler*innen – und ist vielen Wähler*innen in
 63 dieser Form wahrscheinlich auch nicht
 64 bewusst.

65 Mit der jetzt zur Diskussion stehenden Umkehr
 66 von Personen- und Listenstimmen bleibt das
 67 Stimmgewicht völlig in der Hand der
 68 Wähler*innen: Erhält eine Partei (fast) nur
 69 Personenstimmen, hat die Reihenfolge der
 70 Liste (fast) keine Bedeutung, erhält eine Partei
 71 (fast) nur Listenstimmen, werden (fast) alle
 72 ihre Mandate nach Reihenfolge der von der
 73 Partei aufgestellten Liste vergeben. Mit dem
 74 „niedersächsischem Modell“ würde sich auch
 75 der Anteil von Frauen in der Bürgerschaft
 76 signifikant erhöhen.

77 - Den öffentlich im Raum stehenden
 78 Vorschlag, die Personen- und Listenstimmen
 79 nach einer festen 50:50-Quote auf Mandate zu
 80 verteilen, lehnen wir als zu willkürlich und
 81 unverhältnismäßig ab. Dieser Vorschlag bildet
 82 die realen Unterschiede im Stimmverhalten der
 83 Wähler*innen nicht ab: Erhält eine Partei
 84 deutlich mehr Listen- als Personenstimmen
 85 (wie z.B. DIE LINKE bei der letzten
 86 Bürgerschaftswahl: das Verhältnis war 65%
 87 Listen- und 35% Personenstimmen) würde sich
 88 bei jeweils hälftiger Vergabe von Personen-
 89 und Listenplätzen das Stimmgewicht der
 90 Wähler*innen erhöhen, die Personenstimmen

91 vergeben haben. Erhält eine Partei deutlich
 92 mehr Personen- als Listenstimmen (wie z.B. die
 93 SPD bei der letzten Bürgerschaftswahl: 43%
 94 Listen- und 57% Personenstimmen), wird der
 95 Einfluss der Personenstimmen zugunsten der
 96 Liste gedeckelt. Eine solche Regelung ist nach
 97 Ansicht von Fachleuten vermutlich
 98 verfassungswidrig.

99 3. negatives Stimmgewicht
 100 (Stimmparadoxon) auszuschließen, indem
 101 geprüft wird, ob die Personenstimmen der/des
 102 ersten nichtgewählten Kandidat*in einer Liste
 103 ihren Einzug über die Liste verhindert haben.
 104 Wenn dies der Fall ist, wird der entsprechende
 105 Platz als Listen- statt Personenplatz vergeben.

106 DIE LINKE. Bremen lehnt eine Verlängerung der
 107 Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre
 108 weiterhin ab. Die Vorstellung, dass Wahlen
 109 eine lästige Unterbrechung im eigentlichen
 110 politischen Geschäft sind, ist uns fremd – sie
 111 sind Kernstück einer parlamentarischen
 112 Demokratie. Im Sinne einer Stärkung der
 113 direkten Demokratie begrüßen wir bei einer
 114 geplanten Reform die Abstimmung per
 115 Volksentscheid über die Länge der
 116 Legislaturperiode und würden uns dabei für
 117 einen Beibehalt der aktuellen Regelung
 118 einsetzen.

119 DIE LINKE. Bremen fordert die Abgeordneten
 120 der Bürgerschaftsfraktion auf, sich in der
 121 anstehenden parlamentarischen Beratung für
 122 entsprechende Änderungen des Wahlrechts
 123 einzusetzen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

Wissenswertes zur aktuellen Diskussion um das Wahlrecht

(zusammengestellt von Christoph Höhl)

Am 10. Mai 2015 wurde zum zweiten Mal nach dem neuen Wahlrecht gewählt. Viele Wähler*innen haben die Möglichkeiten der Personalisierung, des Kumulierens und Panaschierens genutzt. Der Anteil der Personenstimmen an der Gesamtstimmenzahl ist insgesamt von 40,7 Prozent auf 45,4 Prozent gestiegen.

Ausgangslage:

Kurz gesagt setzen sich Anzahl und Gewichtung errungener Mandate so zusammen (§7 Wahlgesetz):

1. Gesamtanteil einer Partei an den gültigen Stimmen -> Zahl der Gesamtmandate für eine Partei [LINKE 2015 in Bremen: 9,5 Prozent von 68 stadtbremischen Sitzen¹ in der Bürgerschaft = 7 Mandate (+ 1 Mandat über Bremerhaven)]
2. Verhältnis zwischen abgegebenen Listen- und Personenstimmen einer Partei -> Anzahl der Mandate einer Partei nach Listen- und Personenstimmen (LINKE: 65% Listenwahl, d.h.: 5 Mandate über die Liste, 35% Personenwahl, d.h.: 2 Mandate über Personenstimmen)
3. Zuerst werden die Listenmandate anhand der Reihenfolge einer Liste verteilt. Anschließend erhalten diejenigen, die noch nicht über die Liste eingezogen sind, nach ihrer jeweiligen Stimmenzahl weitere Mandate.

Die SPD hat einen besonders hohen Anteil an Personenstimmen (57 Prozent) erhalten, die wiederum zu über 50 Prozent auf Spitzenkandidat Böhrnsen entfielen („Bürgermeistereffekt“). Die SPD plakatierte: „Böhrnsen wählen“ anstatt „SPD wählen“, von daher ist das auch dem eigenen Wahlkampf-Design zu verdanken. Böhrnsen selbst zog aber nicht über enorm viele Personenstimmen, sondern über Listenplatz 1 in die Bürgerschaft ein. Stimmen für Böhrnsen erhöhten also vor allem die Anzahl der über Personenstimmen zu vergebenden SPD-Mandate (Punkt 2 oben) und damit die Chancen für diejenigen, die von hinteren Listenplätzen über Personenstimmen in den Landtag einziehen konnten. Dieser Effekt wird auch „Fremdverwertung“ genannt, weil Kandidierende von Personenstimmen profitieren, die für andere Kandidat*innen (z.B. die Spitzenkandidat*innen) abgegeben worden sind.

DIE LINKE hat demgegenüber einen besonders hohen Anteil an Listenstimmen, was auf die kürzere Liste, den geschlossenen Auftritt und den weitgehenden Verzicht auf personalisierten Individual-Wahlkampf zurückzuführen ist. Die entsprechenden Rahmenbedingungen unserer Listenaufstellung hatte ein Landesparteitag vorher rechtzeitig und einmütig vorgeschlagen.

Stimmergebnisse und Mandatsverteilung Bürgerschaftswahl 2015:

<i>Wahlbereich Bremen</i>	Stimmen gesamt	Mandate gesamt	Anteil Personen- stimmen	Mandate / Personen- stimmen
<i>SPD</i>	329272	24	56,7%	14
<i>CDU</i>	223796	16	47,1%	8
<i>Grüne</i>	158971	12	47,0%	6
LINKE	100242	7	35,0%	2
<i>FDP</i>	68009	5	46,1%	2

Die wichtigsten Probleme des Wahlrechts:

„De-Gender-Effekt“: quotierte Listen (SPD, Grüne) werden durch das Personenwahlrecht zugunsten von Männern umgekrempelt (einzige Ausnahme: DIE LINKE). Der Anteil von gewählten Frauen in der

¹ Alle Zahlen beziehen sich, wenn nicht anders kenntlich gemacht, auf die 68 über den Wahlbezirk Bremen zu vergebenden Mandate. Bei den 15 Mandaten aus Bremerhaven gelten grundsätzlich ähnliche Feststellungen, die Effekte sind aber aufgrund der kleineren Mandatsanzahl nicht so groß. Außerdem beziehen sich die Angaben zu den ursprünglich gewählten Abgeordneten (ohne Nachrücker*innen).

Bürgerschaft lag mit 34 Prozent sehr niedrig. Für jüngere Kandidat*innen lässt sich eine ähnliche Tendenz nachweisen.

Negatives Stimmgewicht: Aufgrund des Wahlrechts kann es passieren, dass Personenstimmen für ein*e Kandidat*in dazu führen, dass diese Person nicht in die Bürgerschaft einzieht („Stimmenparadoxon“). Der CDU-Abgeordnete Thomas vom Bruch war hiervon betroffen. Dieses Problem könnte durch eine sog. Heilungsregelung abgeschafft werden, darüber besteht weitgehend Konsens.

Hohe Anzahl von ungültigen Stimmzetteln (2015: 3 Prozent / 2011: 3,3 Prozent). Hier wird vorgeschlagen, einen „eindeutigen Wähler*innen-Willen“ dann zu berücksichtigen, wenn beispielsweise mehr als die erlaubten 5 Stimmen auf einer Liste verteilt werden. 1,6 Prozent der Wahlzettel enthielten mehr als die erlaubten 5 Stimmen auf der Seite einer Partei (2011: 1,4 Prozent, dieser Anteil ist also sogar noch gestiegen).

Im Raum stehende Reformvorschläge:

Der Parteienforscher Lothar Probst und andere haben eine Umkehr der Verrechnung von Personen- und Listenstimmen vorgeschlagen (vgl. Punkt 3 oben): Diejenigen, die am meisten Personenstimmen haben (i.d.R. die Spitzenkandidat*innen), würden dann über die „Personen-Bank“ abgerechnet und nicht mehr wie bisher über Listenplatz 1. Das Gewicht der von den Aufstellungsversammlungen und Parteitagern entschiedenen Listenreihenfolge würde sich damit erhöhen und die Effekte des Personenwahlrechts würden reduziert. Vor allem die lange Liste der SPD mit ihrem sehr hohen Gesamtanteil von Personenstimmen wäre mit diesem Modell weniger „durcheinander“ gebracht worden. Der Anteil an gewählten Frauen würde sich im vorliegenden Wahlergebnis nach diesem Vorschlag um immerhin 5 Prozentpunkte auf gut 39 Prozent erhöhen.

Ein weiterer Vorschlag will eine feste 50:50-Quote bei der Verteilung nach Listen- und Personenstimmen (siehe Punkt 2 oben). Unabhängig davon, dass z.B. 65 Prozent der Stimmen für DIE LINKE auf die Liste entfielen, aber nur 43 Prozent bei der SPD, soll die Zahl der Gesamtmandate einer Partei hälftig verteilt werden. Bei uns würde sich die Zahl der Listenmandate verringern und der Personenstimmen-Mandate erhöhen (bei der SPD ist es entsprechend andersrum). Wahlrechtlich fraglich und nach Meinung von Fachleuten vermutlich verfassungswidrig: Hiermit würde sich das Stimmgewicht von Menschen, die bei der LINKEN Personenstimmen verteilten, deutlich erhöhen und bei denjenigen, die die Liste gewählt haben, deutlich verringern (bei der SPD entsprechend andersrum). Besonders groß sind diese Effekte dort, wo sich die Gesamtstimmen einer Partei deutlich anders als 50:50 auf Personen- und Listenstimmen aufteilen (also im Fall 2015 bei LINKEN und SPD). Eine solche Regelung bei einem vergleichbaren Wahlrecht ist in Deutschland nicht bekannt.

Ausführlicher zum Thema:

+ *Statistisches Landesamt (2015): Statistische Mitteilung 119 zur Bürgerschaftswahl.*

http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/StatistischeMitteilungen_119.pdf

+ *Lothar Probst, Valentin Schröder (2015): Das Bremer Wahlsystem: Intransparent, paradox und möglicherweise verfassungswidrig. Eine Analyse aus wissenschaftlicher Perspektive am Beispiel der Bürgerschaftswahl 2015.*

http://www.lotharprobst.de/fileadmin/user_upload/redakteur/Aktuelles/2015/Effekte_Wahlsystem_2015.pdf

+ *Staatsgerichtshof (2010): Normenkontrollverfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Sitzverteilungsverfahrens gemäß § 7 Abs. 6 BremWG.*

<http://www.staatsgerichtshof.bremen.de/sixcms/media.php/13/St3.09-URTEIL-Endf-anonym.pdf>

+ *Wahlgesetz, hier insbesondere § 7.* <https://bremen.beck.de/?bcid=Y-100-G-brwahlg-name-inh>

A - Anträge mit überwiegend politischem Bezug

A1

Antragsteller*innen: Britta Littke-Skiera, Anke Krohne, Jan Restat

Der Landesparteitag möge folgende Resolution beschließen:

- 1 Keine Verschärfungen für ALG II-Beziehende
- 2 in Stadt und Land; Einstellung der
- 3 Maßnahmen für ALG II-Beziehende in den
- 4 Förderzentren der Jobcenter; bundesweite
- 5 Rücknahme der geplanten Verschärfungen
- 6 im SGB II

- 7 Die Delegierten des Landesparteitages
- 8 Bremen wenden sich entschieden gegen die
- 9 in den Förderzentren stattfindende völlige
- 10 Kontrolle und Gängelung von
- 11 erwerbsarbeitslosen Menschen, welche
- 12 unter Androhung von Sanktionen dort quasi
- 13 entmündigt werden und fordern daher die
- 14 Einstellung dieser Arbeit und die
- 15 Abschaffung der Förderzentren in Bremen
- 16 und Bremerhaven.

- 17 Es handelt sich hier nicht um ein positives
- 18 Angebot, sondern um eine erzwungene
- 19 Beschäftigungsmaßnahme, die die
- 20 Stigmatisierung und Diskriminierung von
- 21 Arbeitssuchenden, zur Grundlage hat.

- 22 Weiter fordern die Delegierten des
- 23 Landesparteitages Bremen die Einstellung
- 24 derjenigen Rechtsvereinfachungen im SGB
- 25 II durch die Bundesregierung, welche sich
- 26 zu Lasten von Betroffenen auswirken
- 27 würden - das gilt insbesondere für die
- 28 Ausweitung des Sanktionsrechts.

- 29 Eine Ausweitung der Sanktionen hinsichtlich
- 30 des vorausgegangenen "sozialwidrigen"
- 31 Verhaltens als auch hinsichtlich der Höhe
- 32 und der Länge lehnt der Landesparteitag der
- 33 Partei DIE LINKE in Bremen ab und fordert
- 34 statt dessen nicht nur die Streichung aller
- 35 Rechtsvereinfachungen, welche sich negativ

- 36 auf Leistungsbeziehende auswirken
- 37 könnten, sondern die Einführung einer
- 38 Armut verhindernden, sanktionsfreien,
- 39 existenzsichernden Mindestsicherung,
- 40 welche die Teilhabe am gesellschaftlichen
- 41 Leben tatsächlich gewährleistet.

Begründung:

Im März berichtete der Weser-Kurier ausführlich und sehr beschönigend über die kürzlich entstandenen Förderzentren des Jobcenters in verschiedenen Stadtteilen Bremens und in Bremerhaven. Diese werden als weitere Unterstützung für erwerbslose Menschen gepriesen, stellen aber in Wirklichkeit eine ganztägige Betreuung, einschließlich Hausbesuche, und somit eine Entmündigung der Teilnehmenden dar. Die vielbeschworene Vertrauensatmosphäre kann auf der Basis von Sanktionsandrohungen nicht entstehen. Hier handelt es sich um eine Bevormundung und Gängelung derjenigen, die an dem Programm teilnehmen müssen.

Daneben gibt es bundesweit Planungen einer massiven gesetzlichen Verschärfung für ALG II-Beziehende, die praktische eine gigantische Anhäufung von Sanktionen für ALG II-Beziehende bedeuten können.

Die Planungen beziehen sich auf die in § 34 Abs. 1 SGB II geregelten Ersatzansprüche

bei sog. sozialwidrigem Verhalten und beinhalten eine Ausweitung des „Sanktionsrechts“

Hier soll der Ersatzanspruch erheblich ausgeweitet werden, konkret nicht nur bei Herbeiführung der Hilfebedürftigkeit durch grob fahrlässiges oder vorsätzliches Handeln, sondern auch bei Erhöhung,

Aufrechterhaltung und nicht erfolgter Verringerung der Hilfebedürftigkeit.

Darüber hinaus soll ein Ersatzanspruch nicht nur auf Geldleistungen, sondern auch auf

Sachleistungen ausgeweitet werden können.

Es erfolgt dann nicht nur eine dreimonatige Sanktion nach § 31a SGB II, sondern es gibt darüber hinaus einen Kostenersatzanspruch aufgrund sozialwidrigen Verhaltens. Jede Sanktion, die aufgrund der Nichtannahme einer zumutbaren Arbeit erfolgt, löst dann automatisch einen Rückforderungs- und Aufrechnungsanspruch in Höhe des (höheren) Einkommens aus, das bei einer Jobannahme hätte angerechnet werden können - und zwar für die Dauer von bis zu vier Jahren. An dieser Stelle werden ALG II-beziehende doppelt bestraft: Zuerst erhalten sie eine dreimonatige Sanktion in Höhe von 30% der ALG II-Regelleistung. Danach gibt es eine bis zu vier Jahren andauernde Aufrechnung der nicht

verminderten Bedürftigkeit in Höhe von 30% der Regelleistung. Die Dauer einer solchen Sanktion wird dadurch auf bis zu vier Jahre verlängert - sofern keine weiteren Sanktionen hinzukommen!

Auch juristisch sind diese menschenverachtenden Verschärfungen nicht haltbar, denn es ist gar nicht sicher, ob der oder die Betreffende die Arbeitsstelle überhaupt erhalten hätte. Hier handelt es sich um Wahrscheinlichkeiten, nicht um Tatsachen. Aufgrund möglicher Einstellungen von Arbeitssuchenden bei eventuell anderem Verhalten aber darf keine Sanktion ausgesprochen werden. Keine Privatisierung der Öffentlich Infrastruktur vom Gesundheitswesen bis zu den Flughäfen!

Für ein anti-kapitalistisches Europa der Völker und Regionen!

Wir brauchen eine linke europaweite Gegenoffensive.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A2

Antragsteller*innen: Kreisvorstand Links der Weser, Wilfried Scharnberg, Anke Jungclaus, Roman Fabian, Olaf Zimmer, Petra Brand, Sebastian Rave, Peter Erlanson, Volker Schmidt, Wieland von Hodenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Bleiberecht für alle Geflüchteten !**
- 2 **Obergrenzen für Reiche statt für Flüchtlinge !**
- 3 **Kampf dem Rassismus !**
- 4 A) Derzeit sind über 60 Millionen Menschen
- 5 weltweit auf der Flucht – so viele wie seit
- 6 dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Hälfte
- 7 der Geflüchteten sind Kinder. Sie flüchten vor
- 8 Kriegen und Diktatoren, vor Hunger und

- 9 Massenelend, Klimawandel und
- 10 Perspektivlosigkeit. Dies ist auch ein Resultat
- 11 der internationalen Krise des Kapitalismus.
- 12 Die Politik der Bundesregierung trägt dafür
- 13 nicht nur durch ihre Rüstungsexporte
- 14 Mitverantwortung. Die deutsche
- 15 Regierungspolitik ist seit vielen Jahren Teil der
- 16 westlichen Kriegsstrategie, die mit
- 17 völkerrechtswidrigen Angriffskriegen in
- 18 Afghanistan, Irak, Libyen und anderen Teilen
- 19 der Welt für die eigentlichen Fluchtursachen
- 20 verantwortlich ist.
- 21 Die durch dies alles ausgelöste
- 22 Fluchtbewegung hat zur Stärkung
- 23 rechtspopulistischer Bewegungen und
- 24 Parteien wie Pegida oder AfD geführt, die von
- 25 den herrschenden Parteien und Medien
- 26 befördert wurde.
- 27 So wurde nicht nur das Asylrecht massiv
- 28 verschärft, sondern mittels Grenzschießung

29 und ständiger Ausweitung von angeblich
30 sicheren Herkunftsländern das
31 grundgesetzlich verbriefte individuelle Recht
32 auf Asyl abgeschafft. Das gilt besonders für
33 das von der EU mit der Regierung Erdogan
34 vereinbarte Abkommen, mit dem die Türkei
35 als Türsteher für die Festung Europa bezahlt
36 und gleichzeitig die Fluchtroute über den
37 Balkan versperrt werden soll.

38 Der seit langer Zeit schwelende Rassismus
39 gipfelt in Brandstiftungen von
40 Flüchtlingsheimen, einer großen Zahl von
41 Anschlägen auf Flüchtlinge und einer
42 zunehmend brutaler werdenden rechten bis
43 faschistischen Bewegung in neuen
44 Dimensionen. Wie die Ereignisse von
45 Clausnitz gezeigt haben, ist der rassistische
46 Mob in der Lage, ankommende Flüchtlinge in
47 Angst und Schrecken zu versetzen, ohne dass
48 anwesende Polizeikräfte dagegen vorgehen,
49 wobei der zuständige Polizeipräsident den
50 Einsatz der Polizei hinterher absegnet.

51 B) Wir verteidigen das Bleiberecht für alle
52 Geflüchteten in Deutschland, fordern sichere
53 und legale Einreisewege und kämpfen vor
54 allem gegen Fluchtursachen wie Krieg, Armut,
55 Freihandel und Landgrabbing, die mit dem
56 Kapitalismus verbunden sind. Die LINKE weist
57 entschieden jeden Vorstoß zurück,
58 Abschiebungen in den Bundesländern und
59 Kommunen mitzutragen, Obergrenzen für die
60 Aufnahme von Flüchtlingen festzulegen oder
61 das Asylrecht in Frage zu stellen. Straftaten
62 von Geflüchteten dürfen nicht zum Vorwand
63 für Abschiebungen missbraucht werden. Sie
64 müssen für alle die gleichen Rechtsfolgen
65 haben – unabhängig von Geschlecht,
66 sexueller Orientierung, Äußerem oder
67 Herkunft. Eine Sonderbehandlung von
68 Menschen mit Migrationshintergrund lehnen
69 wir ab.

70 Aus Solidarität mit den Geflüchteten haben
71 sich im ganzen Land spontan zahllose lokale
72 Initiativen gebildet. Sie leisten konkrete Hilfe
73 und unterstützen die Geflüchteten beim
74 Ankommen. Wir begrüßen diese Bewegung
75 und verteidigen mit Hunderttausenden von
76 Flüchtlingshelfer*innen das Grundrecht auf
77 Asyl. Wir begrüßen, dass unsere

78 Bundestagsfraktion gegen jede
79 Asylrechtsverschärfung gestimmt hat.

80 Die LINKE weist wie der geschäftsführende
81 Parteivorstand am 12.01.16 sämtliche
82 Abschiebungen für Flüchtlinge zurück.
83 Dagegen rufen wir zu zivilem Ungehorsam in
84 allen Bundesländern auf, um diese (durch
85 Sitzblockaden, Kirchenasyl etc.) zu
86 verhindern.

87 C) Zur Umsetzung dieser Ziele tritt die LINKE
88 für folgende Forderungen ein:

89 1. Wir wollen keine Festung Europa. Frontex
90 muss als ein System, das Flüchtlinge in erster
91 Linie bekämpft, bedingungslos abgeschafft
92 werden. Keinen Einsatz der Bundeswehr
93 gegen Flüchtlinge, nicht im Ausland und nicht
94 im Inland.

95 2. Um allen Menschen eine soziale
96 Absicherung zur Verfügung zu stellen, fordern
97 wir für alle Geflüchteten Zugang zu
98 kostenloser Gesundheitsvorsorge vom ersten
99 Tag an, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

100 3. Kostenlose Bildung für alle, Zugang zu
101 tariflich bezahlten Arbeitsplätzen,
102 Berufsausbildungen und zum Studium auch
103 für Flüchtlinge. Das bedeutet die
104 Anerkennung im Ausland erworbener
105 Abschlüsse durch Arbeitserprobung, wenn
106 Urkunden nicht mehr vorhanden sind.

107 4. Wir treten für eine dezentrale
108 Unterbringung von Flüchtlingen ein, die mit
109 einem individuellen Anspruch auf eine eigene
110 Wohnung verbunden sein muss. Mehr als ein
111 Jahr leerstehender Wohnraum ist zu
112 konfiszieren und wohnungssuchenden
113 Menschen (Geflüchteten, Studierenden
114 Obdachlosen) zur Verfügung zu stellen, auch
115 um eine allgemeine Entspannung des
116 Marktes für bezahlbare Wohnungen zu
117 erreichen.

118 5. Die gesellschaftliche Teilhabe ist für alle
119 Menschen entsprechend dem Grundgesetz zu
120 ermöglichen. Die Leistungen für
121 Asylbewerber dürfen das Existenzminimum
122 nicht unterschreiten. Sonderregelungen wie
123 Sachleistungen statt Geldleistungen lehnen

124 wir ab und fordern die Gleichbehandlung aller
 125 Transferempfänger. Zur Teilhabe am
 126 gesellschaftlichen Leben muss allen
 127 Geflüchteten ebenso wie allen ALG II-
 128 Empfänger*innen und anderen Menschen mit
 129 geringen Einkommen das vollständige Recht
 130 auf Inanspruchnahme sozialer und
 131 medizinischer Leistungen zugestanden
 132 werden.

133 6. Die Residenzpflicht muss aufgehoben
 134 werden, Familienzusammenschluss ist ebenso
 135 zu fördern wie Familiennachzug. Pro 50
 136 Personen muss mindestens eine Vollzeitstelle
 137 sowohl für die soziale als auch für die
 138 pädagogische und psychologische Betreuung
 139 der Flüchtlinge geschaffen werden.

140 7. Kostenfreie Sprachkurse, die frei zugänglich
 141 sind und behindertengerecht gestaltet sind,
 142 müssen angeboten werden. Bereits in den
 143 Unterkünften sind Sprach- und
 144 Integrationskurse anzubieten. Die
 145 Sprachkurse vermitteln die
 146 Gleichberechtigung von Mann und Frau und
 147 klären über soziale Rechte auf. Die
 148 Sprachkurse sind als Integrationskurse zu
 149 gestalten und mit Kinderbetreuung
 150 anzubieten. Schulpflichtige Kinder werden
 151 eingeschult und in ihrer Muttersprache
 152 unterstützt.

153 8. Die Betreuung von Flüchtlingsunterkünften
 154 gehört in die öffentliche Hand oder ist

155 Wohlfahrtsorganisationen zu übergeben.
 156 Private gewinnorientierte Betreiber haben in
 157 Gemeinschaftsunterkünften nichts zu suchen.
 158 Die Flüchtlingsunterbringung darf kein
 159 Geschäftsfeld sein.

160 9. Flüchtlingen soll sofort die Möglichkeit
 161 gegeben werden, einer
 162 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung
 163 nachzugehen. Fort- und
 164 Weiterbildungsmaßnahmen müssen ohne
 165 bürokratischen Aufwand zur Verfügung
 166 gestellt werden. Gesetzlicher Mindestlohn
 167 und Tarifverträge müssen ohne Ausnahmen
 168 auch für Geflüchtete gelten.

169 D. Um gemeinsam für die Rechte aller
 170 Flüchtlinge und zugewanderten Menschen zu
 171 kämpfen und Spaltungsstrategien der
 172 herrschenden Klasse entgegenzuwirken,
 173 werben wir für eine Organisation von
 174 Geflüchteten (unabhängig vom
 175 Aufenthaltsstatus) in den Gewerkschaften
 176 und in unserer Partei. Wir erklären uns
 177 solidarisch mit politischen Kämpfen von
 178 Geflüchteten für soziale Gerechtigkeit,
 179 Frieden und Selbstbestimmung. Statt einer
 180 Obergrenze für Flüchtlinge fordern wir eine
 181 Obergrenze für Reichtum: Millionärssteuer
 182 jetzt!

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A3

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Wie wollen wir leben? – Zur Debatte um**
- 2 **Rechtsruck, AfD und die existenzielle**
- 3 **Notwendigkeit einer relevanten LINKEN**

4 Seit unserem letzten Landesparteitag im
5 November 2015 haben sich die Brüche und
6 Unsicherheiten der zutiefst gespaltenen
7 Gesellschaft deutlich verschärft.

8 Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte,
9 rassistische Sprechchöre auf öffentlichen
10 Plätzen, massenwirksame Pegida-
11 Versammlungen und hasserfüllte
12 Kommentarspalten im Internet sind seit
13 Monaten und länger an der Tagesordnung.
14 Die Ergebnisse der Landtagswahlen in
15 Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und
16 Sachsen-Anhalt am 13. März kamen vor
17 diesem Hintergrund nicht überraschend. Die
18 überdeutliche Gewissheit, dass reaktionäre
19 bis extrem rechte Politikangebote jetzt
20 flächendeckend und selbstbewusst gewählt
21 werden, schockierte nichtsdestotrotz.

22 Dass das Menschenbild der AfD weitgehend
23 aus Ausgrenzungsfantasien gegen
24 vermeintlich bevorzugte Minderheiten und
25 „Nutznießer“ des deutschen Sozialstaats
26 besteht und ihr nationales
27 Abschottungsprogramm nichts zur Lösung
28 gegenwärtiger Fragen und Probleme
29 beiträgt, tat ihrer Attraktivität keinen
30 Abbruch. Im Gegenteil. Als Ventil bislang
31 heimatloser Stimmen verhärteter
32 Resignation konnte die AfD unter den
33 Zuspitzungen von Flucht,
34 Terrorbedrohungen und sozialer
35 Unsicherheit auch die Ernte einer
36 neoliberalen Regierungspolitik einfahren,
37 die seit Jahrzehnten auf systematische
38 Verunsicherung, „Klassenkampf von oben“
39 und Kürzungsdruck setzt.

40 Unsere Kritik an diesen komplexen
41 Umständen; Argumente zur Aufklärung von
42 Fluchtursachen; Forderungen an eine
43 hochentwickelte reiche Gesellschaft,

44 endlich „genug für alle“ zu organisieren: all
45 das kam gegen die Wirkungsweisen
46 reißerischer Angstpolitik in diesen Zeiten
47 nicht an. Unsere Hoffnungen in eine
48 Bewegung, die dem wachsenden Unmut
49 gegen Geflüchtete seit dem sprunghaft
50 gestiegenen Flüchtlingsaufkommen im
51 Sommer konkrete Hilfe und Solidarität
52 entgegensetze, hat sich nicht in
53 Zustimmungswerten für DIE LINKE
54 niedergeschlagen: In Baden-Württemberg
55 und Rheinland-Pfalz stagnierten wir trotz
56 kämpferischer Auftritte mit Ergebnissen um
57 die 3 Prozent. In Sachsen-Anhalt wurden die
58 noch vor Monaten greifbar erscheinenden
59 Regierungspläne enttäuscht. Von vormals
60 23,7 rutschten wir auf 16,3 Prozent.

61 Als Gegenteil zum Durchmarsch
62 rechter Stimmungsmache setzte sich bei
63 den Landtagswahlen im Westen indirekt die
64 Realpolitik Angela Merkels durch:
65 Gewonnen hat jeweils nicht nur die AfD,
66 sondern auch jene/r bereits regierende
67 Spitzenkandidat/in, der oder die sich im
68 Rahmen von Merkels (statt von Seehofers)
69 flüchtlings-politischem Kurs bewegt: in
70 BaWü der grüne Ministerpräsident Winfried
71 Kretschmann (auf Kosten v.a. des CDU-
72 Kandidaten Guido Wolf). In Rheinland-Pfalz
73 gewann Malu Dreyer (SPD) das Duell gegen
74 die rechtspopulistisch agierende Julia
75 Klöckner (CDU). In Sachsen-Anhalt, wo die
76 AfD mit 24,2 Prozent zweitstärkste Kraft
77 wurde und 15 Direktmandate erhielt,
78 konnte sich Reiner Haseloff (CDU) mit
79 Verlusten als Ministerpräsident behaupten,
80 während die SPD um rund 11 Prozent nach
81 unten fiel.

82 Andere Analysen heben stark darauf ab,
83 dass der/die regierende
84 Ministerpräsident/in als Statthalter von
85 Kompetenz und Restkontrolle über eine sich
86 wild wandelnde Politiklandschaft gewählt
87 wurde. Alle ‚etablierten‘ Parteien, die
88 irgendwo Gewinne für sich verbuchen
89 konnten, sahen am Wahlabend deshalb
90 ausreichend Gründe, lieber ihren Teilerfolg
91 statt den 13. März als Stichtag eines
92 demokratischen Desasters zu thematisieren.

93 Dass eine zutiefst antidemokratische Partei
94 über demokratische Wahlen den breiten
95 Einzug in die Parlamente schaffte und dabei
96 in erheblichem Maße bisherige
97 Nichtwähler*innen mobilisieren konnte,
98 sollte nicht nur zu denken geben, sondern
99 alle Alarmglocken in diesem Land schrillen
100 lassen. Da die Ursachen dieses Ist-Zustands
101 so vielschichtig sind wie die Zumutungen
102 des Kapitalismus und Neoliberalismus
103 selbst, wird es den einen großen Hebel, der
104 reaktionäre Bedeutungsgewinne in die
105 Schranken verweist, nicht geben. Der
106 Diskussions- und Klärungsbedarf ist hoch.
107 Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Es wird
108 eine unserer kommenden Kernaufgaben
109 sein, gegen die gewachsene Begeisterung
110 für Hass und Nationalismus an breiten
111 emanzipativen Bündnissen mitzubauen.

112 Auch angesichts der erschreckend hohen
113 Ergebnisse der AfD unter Arbeiter*innen
114 und Erwerbslosen bleibt es eine zentrale
115 Rolle der LINKEN, die soziale Frage als Frage
116 der Solidarität und Umverteilung zu
117 thematisieren und in sozialen Kämpfen
118 Solidarität erfahrbar zu machen.

119 Möglicherweise hätte es am 13. März noch
120 schlimmer können, wenn sich an der
121 Landesspitze das jeweils „regressivere“
122 Regierungsangebot durchgesetzt hätte, ja.
123 Und auch DIE LINKE kann im Südwesten der
124 Republik für sich verbuchen, in einigen
125 Großstädten zugelegt zu haben.
126 Grundsätzlich müssen wir uns aber der
127 Tatsache stellen, dass wir mit unseren
128 Appellen und Argumenten für eine offene,
129 solidarische, sozial gerechtere Gesellschaft
130 nicht durchgedrungen sind. Der
131 gesellschaftliche Mehrwert der LINKEN
132 wurde in einer Situation, wo vielen
133 Bürger*innen schon Merkels „Wir schaffen
134 das“ zu weit ging (und „gegen rechts“
135 verteidigt werden musste), kaum als akut
136 handlungsleitend angesehen.

137 Es gab wiederholt Positionierungen aus den
138 eigenen Reihen gegen die linke
139 Programmatik, offene Grenzen für
140 Menschen in Not zu verteidigen. Diese
141 haben weder geholfen, uns wahlpolitisch als
142 Ansprechpartnerin derer zu positionieren,
143 denen das Mitwirken der Grünen an

144 Asylrechtsverschärfungen zu viel wurde,
145 noch haben sie dazu beigetragen, linke und
146 humanistische Positionen gegen rassistische
147 Spaltungen zu stärken.

148 Unter einer gesellschaftlichen
149 Rechtsverschiebung, die sich, befördert
150 durch asylrechtsverschärfende
151 Regierungskoalitionen und weiteren Druck
152 auf Hartz IV, Gesundheitsversorgung und
153 Rente, auch in medialen Zugeständnissen
154 an einen schärferen Ton zeigt, ist es objektiv
155 schwierig, mit fortschrittlichen
156 Vorstellungen von z.B. Bewegungsfreiheit
157 und Umverteilung auch nur die
158 Wahrnehmungsschwelle zu erreichen.
159 Unsere Positionen haben weder polarisiert
160 noch als realistische Lösungsvorschläge von
161 sich reden gemacht. Sie wurden nicht
162 bestraft, sondern sind im Konflikt zwischen
163 Merkels Regierungspolitik und rechter Kritik
164 daran weitgehend im Diskurs erblasst oder
165 verschwunden.

166 Vor diesem Hintergrund müssen wir als
167 Partei DIE LINKE bzw. Teil der gesellschaft-
168 lichen Linken eine Bewertung von
169 Ausdrucksmitteln, politischen Stärken,
170 ‚blinden Flecken‘, Schwerpunktsetzungen,
171 Argumentationen selbstkritisch vornehmen.
172 Für simple Schuldzuweisungen ist der
173 Handlungsdruck zu groß und die
174 Ausgangslage zu komplex. Fakt ist auch: Die
175 Fragen, die jetzt gestellt und beantwortet
176 werden müssen, sind existenziell. Sie sind
177 existenziell für Geflüchtete, die in ihren
178 Ländern nicht bleiben können und das
179 Menschenrecht auf Asyl nach Einführung
180 immer neuer Abschottungsparagrafen zu
181 verlieren drohen. Sie sind existenziell für
182 materiell Ausgebeutete und Drangsalierte,
183 die in einer Gesellschaft des Sozialabbaus
184 und Lohndumpings, der Stigmatisierung und
185 Konkurrenzlogik auch innerhalb ihrer Klasse
186 weiterhin rundum unter Druck geraten. Sie
187 sind existenziell für eine LINKE und Linke,
188 die in diesen Auseinandersetzungen nicht
189 nur eine klare solidarische Haltung, sondern
190 vermittelbare Konzepte, durchdachte
191 Positionen, reichlich Bündnispartner*innen,
192 detailscharfe Analysen, Teamgeist,
193 Anziehungskraft und die Verankerung in
194 sozialen Kämpfen braucht.

195 **Sechs Vorschläge zur notwendigen**
 196 **Schwerpunktsetzung:**

197 1. Eine LINKE, die im Angesicht der
 198 gesellschaftlichen Rechtsverschiebung ihre
 199 Inhalte aufgibt, macht sich überflüssig. Wir
 200 müssen unsere Positionen schärfen statt
 201 relativieren und aufweichen. Diese
 202 Schärfung braucht es sowohl zu unseren
 203 Vorstellungen von gesellschaftlicher
 204 Umverteilung, wie auch zu Flucht,
 205 Zuwanderung und sog. Integration. Sie ist
 206 keine Frage vermehrter Ausrufezeichen,
 207 sondern hängt wesentlich von der
 208 Genauigkeit unserer Analyse sowie dem
 209 konkreten „Reiz“ und der realitätsgerechten
 210 Eindringlichkeit unserer Forderungen und
 211 Argumente ab.

212 2. Die Kompetenzwerte der LINKEN zum
 213 Themenfeld „Flucht, Zuwanderung, Asyl und
 214 Integration“ sind bescheiden. Unsere
 215 humanitäre Grundhaltung verschafft uns
 216 freundliche Anerkennung, reicht aber für
 217 das Bestehen in einer Situation, die auf
 218 offensive Lösungsansätze drängt, nicht
 219 mehr aus. Es braucht unumgängliche
 220 Kompetenzsignale, fundierte Konzepte und
 221 Initiativen zur Organisation stattfindender
 222 Einwanderung, lokal wie auch auf Ebene des
 223 Bundes und Europas. Eine Forderung wie
 224 die nach „5 x 5 Milliarden“ für ein soziales
 225 Land ist ein Ansatz dazu – an derartigen
 226 Modellen und Verdeutlichungen gilt es in
 227 der Breite noch stärker zu arbeiten.

228 3. „Wie wollen wir leben?“ Diese Frage
 229 muss öffentlich von uns gestellt werden,
 230 wenn sich Mehrheiten formieren, die nicht
 231 nur soziale Verlustängste, sondern auch
 232 anti-aufklärerische Spießervorteile, Druck
 233 gegen Schwächere und rein
 234 rückwärtsgewandte und nationalistische
 235 statt menschen- und ‚welt‘gerechte
 236 Krisenlösungen mobilisieren. Universelle
 237 Rechte, eine Kultur des transkulturellen
 238 Miteinanders, die gesellschaftliche
 239 Verankerung fortschrittlicher Vorhaben
 240 auch z.B. in Hinblick auf Umwelt- und
 241 Klimaschutz, die Gleichberechtigung der
 242 Geschlechter, die Akzeptanz von Schwulen
 243 und Lesben (Trans*, Inter*) – derartige
 244 Aufgaben und Errungenschaften stehen
 245 zweifellos unter Existenzdruck, wenn das

246 Projekt des rechten Backlashs noch mehr
 247 Wurzeln schlagen kann. Ideologien der
 248 Ungleichwertigkeit haben wieder
 249 Hochkonjunktur. Wer gegen diese
 250 Entwicklung wirksam vorgehen will, muss
 251 wissen, dass sie*er bei der LINKEN, ob als
 252 Mitglied oder außerparlamentarischer
 253 Bündnispartner, richtig ist. Die Lage ist
 254 ernst. Weitersagen.

255 4. Bei allem Aufwind für die AfD haben
 256 Parteien derzeit einen denkbar schlechten
 257 Ruf. Es ist notwendig, die Anti-Haltung
 258 gegen etablierte Parteien (zu denen DIE
 259 LINKE inzwischen gezählt wird)
 260 ernstzunehmen und durch eine radikal
 261 gelebte Praxis der Kommunikation,
 262 Transparenz, Zugänglichkeit und politischen
 263 Integrität zu verändern. Diese Praxis leben
 264 wir nicht allein durch die seit jeher gängigen
 265 Appelle an uns selbst, mehr Mitglieder hier
 266 oder dort zu gewinnen, oder durch
 267 parlamentarische Fixierungen, sondern
 268 durch echtes, plan- und respektvolles
 269 Handeln auf Augenhöhe und das
 270 Selbstverständnis eines jeden aktiven
 271 Mitglieds, Funktions- und Mandatsträgers,
 272 Aushängeschild und Multiplikator für
 273 unsere Sache zu sein. Die in letzter Zeit
 274 vielfach behandelten Ansätze des
 275 Organizing, die nicht darauf abheben,
 276 Formelbotschaften aufzusagen, sondern mit
 277 Empathie auf Menschen und ihre
 278 Situationen zuzugehen, erscheint uns auf
 279 Parteiebene als sinnvolle Methode, die zu
 280 verinnerlichen und praktisch umzusetzen
 281 ist. Dieses Vorhaben erfordert Zeit und
 282 Ressourcen von Mitgliedern, die oft schon
 283 stark beansprucht sind. Und trotzdem
 284 müssen wir uns dieser Verantwortung
 285 stellen: Als DIE LINKE erkennbar zu sein, die
 286 etwas auf die Beine stellt, sich aktiv
 287 interessiert und mit Betroffenen bessere
 288 Perspektiven und Erfahrungen der
 289 wichtigen Teilhabe entwickelt. Weitere
 290 Ansätze sind bei gemeinsamen
 291 Gelegenheiten zu erarbeiten.

292 5. Die AfD hat eine gesellschaftliche
 293 Reichweite gewonnen, die anderen rechten
 294 Parteien in Deutschland bisher verschlossen
 295 blieb. Dem müssen wir Rechnung tragen.
 296 Ein schlichtes „Nazis raus“-Transparent
 297 erfüllt zwar i.d.R. einen guten Zweck und

298 trifft auch bei der AfD vielfach die Richtigen.
 299 Es erfasst aber noch nicht die Botschaften,
 300 mit denen wir den Meinungskampf gegen
 301 den aktuellen Rechtsruck gewinnen können.
 302 Wir müssen damit umgehen, dass die AfD
 303 jenseits von Nationalismus und
 304 Chauvinismus kaum kohärente Inhalte hat,
 305 sondern mit Enthemmung und Gefühlen
 306 agiert. Gegen diese anti-emanzipatorische
 307 Identitätspolitik gilt zu vermitteln, dass
 308 Anzug tragende Rechtspopulisten den
 309 Zukurzgekommenen durch markige Posen
 310 bestenfalls zu einem Ausdruck verhelfen,
 311 aber definitiv nicht zu ihrem Recht. Die
 312 derzeit noch im Testmodus befindliche
 313 Programmatik der AfD positioniert sich mit
 314 Sicherheit gegen Hartz-IV-Empfänger und
 315 „schuldhafte“ (!) Alleinerziehende,
 316 liebäugelt mit eingeschränkten
 317 Wahlrechten für gewisse
 318 Bevölkerungsgruppen und dämonisiert
 319 alles, was „anders“ ist. Wer das unterstützt,
 320 macht Schlimmeres als eine rassistische
 321 Bemerkung, auf die ein Gegenüber
 322 reagieren kann. Er oder sie legitimiert einen
 323 nach rechts offenen Raum der
 324 Möglichkeiten, der heute vielleicht im
 325 Gewand traditioneller Familienförderpolitik
 326 daherkommt, um morgen auszuprobieren,

327 inwieweit man Schüsse auf Menschenleben
 328 am Grenzzaun einfordern kann.
 329 6. Die soziale Frage ist und bleibt für DIE
 330 LINKE der entscheidende Schlüssel. Wir
 331 fordern schnell greifende und dabei
 332 langfristig angelegte Programme zum
 333 Ausbau von kommunalen Wohnungen,
 334 guten Arbeitsplätzen, würdiger
 335 Existenzsicherung und integrativer Bildung
 336 und üben auf die notwendigen
 337 Stellschrauben weiter Druck aus. Um
 338 bessere Standards umsetzen zu können und
 339 dem Abbau öffentlicher Infrastruktur
 340 entgegenzuwirken, muss mit der bisherigen
 341 Politik von Schuldenbremse und
 342 Austeritätslogik gebrochen werden. Unser
 343 Job ist eine zeitgemäße Klassenpolitik, die
 344 u.a. Fragen von Geschlechtergerechtigkeit,
 345 Ökologie und Digitalisierung konsequent
 346 mitdenkt. Wir müssen in die
 347 entsprechenden Alltagskämpfe in
 348 Stadtteilen, Betrieben, multikulturellen
 349 Milieus, Beratungsstellen, an der Uni oder
 350 im Kleingartenverein gehen, um solidarische
 351 Selbstorganisation und Politikgestaltung
 352 erfahrbar zu machen. Nur so können wir
 353 wachsen und als LINKE an Hegemonie – also
 354 Einfluss, Durchsetzungsfähigkeit,
 355 Anziehungskraft und Vertrauen – gewinnen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

S – Antrag mit Bezug zu Satzung und Ordnungen der Partei

S1

Antragsteller: Landesrat)

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 §11 und §26 der Landessatzung werden wie
 2 folgt geändert:
 3 §11
 4 (1) *unverändert*
 5 (2) Die Delegierten werden für zwei
 6 Kalenderjahre vom 1.Januar bis 31.Dezember
 7 des Folgejahres gewählt. Ersatzdelegierte, die
 8 sie im Verhinderungsfall vertreten können,
 9 sind mit zu wählen. Die Wahl findet zwischen
 10 Juli und November vor Beginn der Amtszeit
 11 statt.“
 12 (3) *unverändert*
 13 (4) *unverändert*
 14 (5) Die Delegiertenmandate werden wie folgt
 15 auf die Kreisverbände verteilt: Die
 16 Delegierten werden gemäß den
 17 Mitgliederzahlen im Verfahren Sainte-
 18 Laguë/Schepers (Divisorverfahren mit
 19 Standardrundung) auf die Kreisverbände
 20 verteilt. Eine dabei errechnete ungerade Zahl
 21 wird um eins erhöht, so dass sich im Einzelfall
 22 die Anzahl der Delegierten aus den
 23 Gebietsverbänden erhöhen kann. Werden bei

24 diesem Verfahren für einen Kreisverband
 25 weniger als vier Mandate errechnet, so erhält
 26 der entsprechende Kreisverband dennoch
 27 vier Delegierte.

28 (6) Der anerkannte Jugendverband der Partei
 29 erhält zwei Mandate, für 40 Mitglieder erhält
 30 er vier Mandate, für 60 Mitglieder erhält er
 31 sechs Mandate, für 80 Mitglieder erhält er 8
 32 Mandate. Bei 100 und mehr Mitgliedern
 33 erhält er 10 Mandate. Für die Ermittlung der
 34 Mandate teilt der Jugendverband der
 35 Landesgeschäftsstelle jedes Jahr im Februar
 36 seine Mitgliederzahlen zum 31.12. des
 37 Vorjahres mit.

38 (7) *unverändert*

39 --

40 §26

41 Die Absätze (1) und (2) werden ersetzt durch:
 42 „gestrichen“

Begründung

Die Erfahrung zeigt dass die KMV's überwiegend mit Wahlen zu tun haben. Dies verhindert politische Diskussionen und Planungen der politischen Arbeit in den Kreisverbänden. Bei einer Zweijährigen Periode würden wir also mehr Zeit dafür haben.

Außerdem werden für die zwei Jahre die verschiedenen Kommissionen der Parteitage ihre Arbeit besser leisten können.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	